



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, G.: Fürsten und Völker

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Fürsten und Völker

„Langer Krieg macht Raubtiere, langer Friede Lasttiere, — es muß wohl Krieg sein auf Erden; aber wehe dem Menschen, durch welchen das Argernis kommt. Der einzige vernünftige Zweck des Krieges sollte nur der Friede sein . . .“

Webers Demotritos Bd. X, S. 227



itten hinein in unsere Vorbereitungen für die Hundertjahrfeiern der großen Zeit von 1813 und für das Regierungsjubiläum des deutschen Friedenskaisers fällt uns die überraschende Nachricht von der Notwendigkeit einer ungeheueren Heeresverstärkung. Die Zeitungen sprechen von 800 bis 1000 Millionen Mark einmaligen und von 150 bis 200 Millionen Mark jährlichen Mehrausgaben. Es läßt sich denken, daß diese Kunde manchen guten Patrioten mit Besorgnis erfüllt und daß viele Stimmen laut werden, die da Rechenschaft fordern und Aufklärung von der Regierung, die noch vor wenigen Monaten behauptete, unsere Rüstung sei den Anforderungen der Weltlage angepaßt. Wer heute sich überrascht fühlt und die Regierung deswegen schilt, vergißt, daß wir in schnell hinstürmender Zeit leben, vergißt, daß ein Reich zusammengebrochen ist, zu dessen Erhalt sich ein ganzes politisches System gebildet hatte, dem fast alle Großmächte angehörten und das nun gleichfalls in allen Fugen ächzt, überfieht schließlich, daß im Osten das Selbstbewußtsein der Slawen ungeahnte Dimensionen angenommen hat, während im Westen Dinge heranreifen, an deren verschwommenen Umrissen ein Glanz schimmert, der vielleicht die Abendröte der französischen Republik, wenn nicht schon die Morgenröte einer neuen Monarchie ist. Die Wahl Poincarés hat manchen langen Schatten geworfen, der das Herannahen noch unsichtbarer Ereignisse kündigt.

Stehen wir vor schwerwiegenden Entscheidungen oder ist es lediglich vorübergehende Aufwallung blutgieriger Instinkte, die uns beunruhigt?

Wer von einer Kriegsgefahr nichts bemerken will, wird mit entgegenhalten können, daß gerade in diesem Augenblick die Friedenssehnsucht allgemein größer sei als schon seit Monaten, wird vielleicht auch wie Riederlen-Wächter noch am 24. November 1912 sprechen: „Bluff, alles Bluff! Krieg gibt es nur dann, wenn einer so mordsdämlich ist, sich so zu verbluffen, daß er schießen muß!“ Die Beobachtung ist durchaus zutreffend: die Völker Europas sind im Grunde genommen friedliebend und der Orientwirren überdrüssig; Türken und Bulgaren neigen zum Frieden, beide sind müde des fruchtlosen Kampfes, dessen Ausgang nur Verblutung beider Gegner sein könnte; zwischen Rumänen und Bulgaren beginnt sich eine Verständigung anzubahnen, und das wichtigste, auch zwischen der Donaumonarchie und Rußland schwindet, wenn auch nur langsam, die Spannung. Dem allen aber steht die Tatsache gegenüber, daß das Kräfteverhältnis sich im nahen Orient zugunsten der Slawen und damit auch zugunsten Frankreichs verschoben hat. Die slawischen Balkanstaaten haben eine erhebliche Stärkung erfahren, ohne daß Bulgarien doch stark genug geworden wäre, um Rußland unbequem zu werden, im Gegenteil, es bedarf heute Rußlands schützender Hand mehr denn je, da es Frankreichs Geld braucht zur Wiederherstellung seiner dezimierten Armee, wenn es nicht mit klingendem Spiele in das Dreibundlager übergehen will. Die russische Diplomatie wird nicht zögern, diesen Zustand nach Kräften auszunutzen sowohl Frankreich gegenüber, das wirtschaftlich der stärkste Gegner der Dreibundmächte im Orient ist, wie gegen Österreich-Ungarn, dessen Stellung auf der Balkanhalbinsel erheblich erschwert wurde. Also die Schwächung der Dreibundstellung im nahen Orient ist der eine Grund für die Heeresverstärkungen! Er würde indessen nicht ausreichen, um eine so gewaltige Heeresverstärkung zu rechtfertigen, wie sie geplant ist; dort unten steht Österreich-Ungarn im Bordergrund und dieses vermehrt gegenwärtig gleichfalls seine Armee.

Wichtiger noch für uns Reichsdeutsche ist die verstärkte Gemeinsamkeit der Interessen, die durch den Ausgang des Balkankrieges zwischen Rußland und Frankreich eingetreten ist.

Die Ernennung unseres alten Gegners Delcassé zu Frankreichs Botschafter in Petersburg, die Verleihung des Andreasordens, den sonst im Auslande nur gekrönte Häupter erhalten haben, an den neuen Präsidenten der Republik, — das alles wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo Rußland kein französisches Geld in höherem Maße braucht, nicht recht verständlich, wenn der Zweibund nicht beabsichtigte, die neue Lage rücksichtslos auszubeuten. Hier handelt es sich nicht um „Bluff“, wenn auch den Regierungen Frankreichs und Rußlands ohne weiteres zugestanden wird, daß sie nicht direkt auf Krieg hinwirken. Da aber steigt ein weiteres Gespenst auf: werden die Regierungen nervenstark genug bleiben, um den Ausbruch eines Krieges verhindern zu können? In Frankreich regt sich der Chauvinismus ungeheuer, und in Rußland hat der allrussische Demos einen so auffälligen Sieg über das Staatsoberhaupt davongetragen, daß

für Deutschland wenigstens eine sehr wichtige Stütze des Friedens beseitigt erscheint. Was ist geschehen?

Das offizielle Rußland feiert in diesen Tagen den dreihundertsten Geburtstag der Dynastie Romanow, die mit Michail Feodorowitsch (1613 bis 1645) auf den Thron kam. Die Romanowitschi sind aber tatsächlich als regierende Fürsten schon mit Iwan dem Sechsten 1741 aus Rußland verschwunden. Iwans Mutter, die Kaiserin Elisabeth, war schon eine geborene Prinzessin von Braunschweig-Bevern und deren Nachfolger, ihr Neffe von Holstein-Gottorp, als Zar Peter der Dritte, war bedeutamer als Gatte Katharinas der Zweiten, die ihn beseitigte und die seine Nachfolgerin auf dem Thron wurde. Also am Anfang der heutigen sogenannten Romanow-Dynastie steht ein deutsches Fürstenpaar. Die Verbindung mit dem Hause Romanow geschieht an dieser Stelle lediglich durch die Mutter Peters des Dritten, Anna Petrowna, die, eine Tochter Peters des Großen, selbst mit Herzog Karl Friedrich von Holstein verheiratet war. Alle späteren sogenannten Romanows sind somit in Wirklichkeit Holstein-Gottorper und nicht Romanowitschi. Einwände gegen diese Behauptung könnten bezüglich Pauls des Ersten erhoben worden. Läßt man diese aber gelten, so würde das Recht des heutigen Zaren sich als ein Abkömmling von den Romanow zu bezeichnen noch fadenscheiniger sein, als es so schon ist. Wenn nämlich Paul überhaupt aus einem unerlaubten Verhältnis der Kaiserin mit einem ihrer zahlreichen Günstlinge stammen sollte, so läßt sich seine Entstehung doch nicht auf einen Romanow zurückführen, da Katharina ihre Gunst keinem der Romanows geschenkt hatte.

Die späteren Zaren heirateten ausschließlich Prinzessinnen germanischen Blutes. Paul der Erste: Sophie Dorothea von Württemberg, Alexander der Erste: Luise Marie Auguste von Baden, Nikolaus der Erste: Charlotte von Preußen, Alexander der Zweite: Marie von Hessen, Alexander der Dritte: Dagmar von Dänemark, Nikolaus der Zweite: Alix von Hessen.

Die Feier eines Romanowjubiläums erscheint angesichts dieser stolzen Reihe deutscher Fürsten um so merkwürdiger, als die Holstein-Gottorper es im vorigen Jahre unterließen, ihr eigenes Hausjubiläum, den Tag des Regierungsantritts Peters des Dritten vor hundertundfünfzig Jahren festlich zu begehen.

Nun wird man sagen: das ist Hauspolitik. Aber kaum wird jemand behaupten können, diese Hauspolitik sei würdig und zeuge von Stolz.

Es ist tatsächlich eine an Entfugung grenzende Konzession des Zaren an das Ultrussentum, die Preisgabe der Tradition eines Fürstenhauses, das auf diese Tradition stolz sein darf. Katharina die Große, und die beiden ersten Alexander waren zweifellos Monarchen, denen Rußland außerordentliche Fortschritte und Machterweiterungen zu danken hat. Aber es ist den Russen, die sonst über ihre Schwächen doch so geistreich zu spotten verstehen, peinlich, sich immer sagen zu müssen, daß es schließlich Deutsche gewesen sind, die das Riesengebiet so fest organisiert haben. Statt nun aber der daran sich knüpfenden

Agitation gegen den „deutschen“ Zaren durch taktvolle Würde den Boden zu entziehen, versucht der Zar das für die Russen Peinliche zu beseitigen durch Preisgabe der eigenen Tradition: voriges Jahr in Verbindung mit Schaffung des Romanow-Fonds zur Hebung der Landwirtschaft, in diesem durch das Romanow-Jubiläum, das der großen Masse die echt russische Abstammung des Zaren vorspiegeln soll, die nicht vorhanden ist. Eine tiefergehende, für das Zarenhaus günstige Wirkung dieses Versuchs, darf man nicht erwarten; die fortschreitende Bildung wird die Romanowlegende nie festen Fuß fassen lassen und wahrscheinlich wird das Gegenteil von dem eintreten, was man zu erreichen hoffte: die glücklich auslaufenden Unternehmungen der Regierung werden, mit dem Namen Romanow in Verbindung gebracht, als Erfolge russischen Wesens und Geistes gestempelt, alles Mißgeschick aber dem „Deutschen“ auf dem Thron zugeschoben werden.

Nach außen hin ist die Preisgabe der eigenen Haustradition ein sichtbares Zeichen der Schwäche der russischen Regierung und des Verblässens der zarischen Macht. Aber sie bedeutet auch die Bestätigung jener Abkehr von der preußisch-russischen Politik eines Jahrhunderts, die schon unter Alexander dem Dritten, also zur Amtszeit Bismarcks, einsetzte und die seinerzeit den jungen Herrscher auf dem Deutschen Kaiserthron veranlaßte, die Konsequenzen zu ziehen. Daher verliert auch für Deutschland der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag die entlastende Bedeutung, die uns in früheren Jahren gestattete, unsere Rüstung an der Ostgrenze nur gemächlich wachsen zu lassen. Ist der Draht zwischen Berlin und Petersburg auch nicht zerschnitten, besteht auch das in Potsdam ausgebaute Abkommen von Björko zu Recht, so hat diese Verbindung doch nicht mehr den friedenssichernden Einfluß früherer Jahre: die persönliche Freundschaft der beiden Monarchen bietet keine absolute Garantie mehr für die friedlichen Beziehungen beider Reiche, denn das Phantom von der Selbstherrlichkeit des Zaren ist dahin, der Zar hat sich als machtlos erwiesen gegenüber den nationalistischen Strömungen im Lande. Das ist die wichtigste politische Lehre der Romanowfeiern für uns Deutsche. Denn es gibt keine größere Bedrohung des Friedens als schwache Regierungen, als Monarchen, die jeden Augenblick gezwungen werden können, Handlungen zu tun, denen sie innerlich widerstreben, lediglich, um sich dem Demos gegenüber zu halten.

Beschattet von der Entwicklung der innerpolitischen Lage Rußlands, gewinnen die neuen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel für uns Deutsche jene ernste Bedeutung, die unsere Regierung veranlassen mußte, an den Begriff „Kriegsbereitschaft“ einen neuen Maßstab zu legen. Der neuen Lage gegenüber müssen wir gerüstet sein und je besser die Rüstung ist, umso sicherer können wir damit rechnen, uns unsere Gegner in achtungsgebietender Entfernung vom Leibe zu halten.

So sind es denn nicht wir, die durch neue Rüstungen neue Kriegsgefahren heraufbeschwören, nicht die neuen deutschen Heeresverstärkungen, die zum

Krieg drängen, wenn auch die Träger einer Imperialismus genannten Bewegung darauf hoffen. Es wird vielleicht manches drohende Wort gegen jene Nachbarn fallen, die uns aus der Reserve herauslocken möchten, sonst kaum mehr. Fällt unsere Ausrüstung so stark aus, daß wir, angegriffen, sofort zur Offensive übergehen könnten, so wird niemand es wagen, uns anzugreifen und unsere Diplomatie, die durch den Zusammenbruch der Türkei in vielfacher Richtung wieder Handlungsfreiheit bekommen hat, wird ihre Ellbogen um so freier gebrauchen können. Sollten dennoch in Frankreich und Rußland die Chauvinisten den Krieg vom Zaun brechen können, dann in Gottes Namen! Wehe dem, durch welchen das Unglück kommt!

Den großzügigen Plan, mit dem die Reichsregierung uns am vorigen Sonnabend überrascht hat, begrüßen wir mit stolzer Freude. Wir begrüßen ihn um so gehobeneren Herzens, als die Art, wie die außerordentlich hohen Kosten der neuen Heeresvorlage aufgebracht werden sollen uns nach innen und außen als eine fest geschlossene Nation zeigt, eine Nation, in der Fürsten und Bürger wie vor hundert Jahren Schulter bei Schulter stehen, wenn es gilt, das Reich zu schützen, ohne herabsetzende Zugeständnisse voneinander zu fordern, sondern verbunden in der inneren Harmonie, die nur durch gleiche Stammeszugehörigkeit und Achtung vor Beider Rechten bedingt wird.

G. Cleinow



Englisches und deutsches Friedenspräsenzrecht

Von Professor Dr. Conrad Bornhak in Berlin



Nicht von dem kriegerischen Wettbewerbe in Rüstungen zwischen England und Deutschland soll hier die Rede sein, sondern von der Rechtsgrundlage des Heeres. Eine besondere Rolle spielt hier das Friedenspräsenzgesetz. Das englische Recht ist dabei auch für Deutschland von Bedeutung, weil man sich von manchen Seiten in der alljährlichen Festsetzung der Friedenspräsenz des Landheeres immer auf englisches Vorbild beruft.

Im siebzehnten Jahrhundert waren die Rechtsgrundlagen des Heerwesens für beide Länder, ja man kann sagen für beinahe ganz Europa dieselben. Es bestand einmal eine dauernde Wehrpflicht in der mehr und mehr verfallenden Miliz, die nur für den Kriegsfall aufgeboden werden konnte, und die unter den veränderten militärischen Verhältnissen beinahe unbrauchbar geworden war. Außerdem hatte man für den Ernstfall ein geworbenes Söldnerheer, das, von den höheren Gesellschaftsklassen mit Abneigung betrachtet, nur durch den Werbe-